

**Antrag 91/I/2019****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Gegen Kältetod und rabiate Räumung – für eine soziale und würdevolle Strategie im Umgang mit obdachlosen Menschen**

1 Wir rufen die SPD Mitglieder im Senat von Berlin, die SPD  
 2 Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozial-  
 3 demokratischen Mitglieder in den Berliner Bezirksämtern  
 4 dazu auf, sich aktiv in die Erstellung der Leitlinie zum Um-  
 5 gang mit Wohnungslosigkeit in Berlin einzubringen. Da-  
 6 bei ist die besondere Problematik obdachloser Frauen in  
 7 Berlin so schnell wie möglich aktiv anzugehen. Das Land  
 8 Berlin und die Bezirke stehen vor der gemeinsamen Ver-  
 9 antwortung, im Rahmen der Verhandlungen zur Leitlinie  
 10 der Wohnungslosenpolitik die Prämisse eines würdevol-  
 11 len Umgangs mit obdachlosen Menschen im Maßnah-  
 12 menkatalog zu verankern.

13

14 Unmittelbar fordern wir:

- 15 • Eine gesamtstädtische Steuerung, d.h. ein gemein-  
 16 sames und abgestimmtes bezirksübergreifendes  
 17 Vorgehen aller Bezirke und der Senatsverwaltungen
- 18 • Wegzukommen vom System der Ehrenamtlichen  
 19 und hin zu einer Aufstockung von Sozialarbeiter\*in-  
 20 nen bei der Kältehilfe für eine bedarfsorientierte, in-  
 21 dividuelle Beratung, damit Schlafplätze angenom-  
 22 men werden und nicht leer stehen
- 23 • unverhältnismäßige Räumungen dürfen nicht  
 24 durchgeführt werden
- 25 • der Fokus muss auf vorheriger, aufsuchender Unter-  
 26 stützung und Beratung liegen

27

28 Wir fordern einen würdevollen und sozialen Umgang mit  
 29 obdachlosen Menschen in Berlin.

30

**Begründung**

32 Wir nehmen nicht hin, dass einschlägige Beschlüsse und  
 33 ein wachsendes Budget im Senat für den Umgang mit  
 34 Wohnungslosigkeit in Berlin bestehen, es jedoch bereits  
 35 im Winter 2019 erneut Kältetote und rabiate Räumungen  
 36 mit würdelosem Umgang gegenüber obdachlosen Men-  
 37 schen gibt.

38

39 Die Zahl der Wohnungslosen hat sich 2018 gegenüber  
 40 2016 fast verdoppelt auf rund 37.000 Menschen, die in  
 41 Not-, Gemeinschaft- und anderen Unterkünften unterge-  
 42 bracht sind. Hiervon mussten im Jahr 2018 21 % der betrof-  
 43 fenen Personen bis zu zwei Jahre in den Notunterkünften  
 44 wohnen. 30 % der Wohnungslosen sind Frauen, oft haben  
 45 sie Kinder.

46

47 Wie viele Menschen hiervon obdachlos sind und in Berlin  
 48 unter freiem Himmel schlafen, ist unbekannt. Zahlen, wie  
 49 viele obdachlose Familien mit Kindern in Berlin leben, gibt  
 50 es nicht. Aber immer mehr obdachlose Eltern erscheinen

**In Ergänzung des Beschlusses 236/I/2018 "Hoffnung für Wohnungslose – Neuausrichtung der Sozialhilfe nach §§ 67 ff. SGB XII"** rufen wir die SPD Mitglieder im Senat von Berlin, die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder in den Berliner Bezirksämtern dazu auf, sich aktiv in die Erstellung der Leitlinie zum Umgang mit Wohnungslosigkeit in Berlin einzubringen. Dabei ist die besondere Problematik obdachloser Frauen in Berlin so schnell wie möglich aktiv anzugehen. Das Land Berlin und die Bezirke stehen vor der gemeinsamen Verantwortung, im Rahmen der Verhandlungen zur Leitlinie der Wohnungslosenpolitik die Prämisse eines würdevollen Umgangs mit obdachlosen Menschen im Maßnahmenkatalog zu verankern.

Unmittelbar fordern wir:

- Eine gesamtstädtische Steuerung, d.h. ein gemein-  
 sames und abgestimmtes bezirksübergreifendes  
 Vorgehen aller Bezirke und der Senatsverwaltungen
- Wegzukommen vom System der Ehrenamtlichen  
 und hin zu einer Aufstockung von Sozialarbeiter\*in-  
 nen bei der Kältehilfe für eine bedarfsorientierte, in-  
 dividuelle Beratung, damit Schlafplätze angenom-  
 men werden und nicht leer stehen
- unverhältnismäßige Räumungen dürfen nicht  
 durchgeführt werden
- der Fokus muss auf vorheriger, aufsuchender Unter-  
 stützung und Beratung liegen

Wir fordern einen würdevollen und sozialen Umgang mit obdachlosen Menschen in Berlin.

51 mit ihren Kindern bei Notübernachtungsstellen. Prognosen zeigen: die Zahl der Wohnungslosen wird durch Wohnungsknappheit und steigende Mieten stetig wachsen. Inzwischen hat das Problem auch zunehmend die Mittelschicht erreicht.

56

57 Die Hilfe für Wohnungslose wurde in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut in Berlin. Im Jahr 2018 sah der Senat 8,1 Millionen Euro zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit vor. Allein in der Kältehilfe gibt es mit 1200 Plätzen so viele Plätze wie noch nie. Allerdings: Dass die Plätze der Kältehilfe selbst bei Minusgraden zum Teil nur zu 83 % ausgelastet sind, zeigt, dass es nicht um ein Budgetproblem geht. Der Stadt Berlin mangelt es an einer Strategie im Umgang mit Wohnungslosigkeit. Und in der Tat: Die bestehenden Leitlinien der Wohnungslosenhilfe/-politik stammen aus dem Jahr 1999 und müssen sowohl aus fachlichen Gründen als auch wegen der veränderten Rechtslage überarbeitet werden.

70

71 Die Stadt Berlin hat erkannt, dass es einen dringenden Bedarf gibt, sich sowohl einen Überblick über den Umfang des Problems als auch der Erarbeitung eines Zukunftskonzept zu widmen. Im Jahr 2018 fanden zwei gemeinsame Expertenrunden von Berliner Bezirken, Senat und Hilfsorganisationen zur Wohnungslosigkeit statt. Als Ergebnis der zweiten Strategiekonferenz Ende des Jahres 2018 wurde ein Forderungskatalog formuliert in den Bereichen Wohnungslosenstatistik, junge obdachlose Menschen – Straßenkinder, Prävention vor Wohnungslosigkeit, Medizinische Versorgung – Suchthilfe – Psychiatrie, EU Bürgerinnen und EU Bürger, Weiterentwicklung der Kältehilfe, Soziale Wohnhilfen in den Bezirken – Fachstellenkonzept, Wohnraumversorgung, Hilfe- und Unterbringungssystem, Frauen und Familien in Wohnungsnot.

86

87 Wir begrüßen, dass die Auseinandersetzung mit der Wohnungslosigkeit in dieser Legislaturperiode intensiv geführt wird. Zielgerichtete und vernetzte Beratungsstrukturen, Dialogstrukturen mit osteuropäischen Herkunftsländern vieler Obdachloser, bezirksübergreifende Koordination und Entscheidungsfindung durch die Errichtung von Fachstellen, Aufstockung von Personal – sowohl in den Bezirken als auch in der Individualbetreuung, Zugang zum Gesundheitssystem, spezielle Anlaufstelle für obdachlose anderer EU Staaten, Kältehilfefakt – seien hier auszugsweise und beispielhaft aus dem Forderungskatalog anzuführen.

99

100 Die SPD Fraktion ist aufgerufen die öffentliche Debatte über Wohnungslosigkeit mitzugestalten und unsere Beschlüsse in der Wohnungslosienpolitik im Rahmen der Verhandlungen der Arbeit befindenden Leitlinie um Wohnungslosigkeit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales einzubringen. Mit dem Beschluss des

106 Landesparteitages 16./17. November 2018 „Obdachlosig-  
107 keit wirksam bekämpfen!“ wurde die SPD-Fraktion im Ab-  
108 geordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglie-  
109 der des Senats von Berlin dazu aufgefordert, Obdachlosig-  
110 keit in Berlin wirksam zu verhindern.

111

112 Wir fordern nun ein Endresultat der Strategiekonferenzen,  
113 dass sowohl Auswirkung als auch Ursache der Wohnungs-  
114 losigkeit darstellt und Lösungswege unter Berücksichti-  
115 gung sozialdemokratischer Werte formuliert.